



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

KÖLN-Bayenthal, den 5. August 1957
Bayenthalgürtel 15
Telephon: 3 30 31

Ref.: PX/lm

P.B.Nr.27

Herrn Bundesrat Max Petitpierre
Vorsteher des Eidgenössischen Politischen
Departements

B e r n

Herr Bundesrat,

Berliner Erklärung zur Wiedervereinigung Deutschlands
und Gegendeklaration der Deutschen Demokratischen Republik:

An dem Akt der Unterzeichnung der Berliner Erklärung (BE) nahmen ausser den Signataren die Botschafter der übrigen Natomächte teil. Auf Darstellung aus diesen Kreisen beruht dieser Bericht.

Klarer und vor allem verpflichtender als dies bisher je geschah, haben die Westmächte (USA, Grossbritannien und Frankreich) die Grundsätze ihrer Deutschland-Politik feierlich verkündet und zwar in einer gemeinsamen und unterzeichneten Erklärung mit der Bundesregierung. Hauptpunkte dieser programmatischen Erklärung sind:

1. die Wiederherstellung der nationalen Einheit ist ein Grundrecht jeder Nation. Die vier ehemaligen Besatzungsmächte -inkl. USSR- tragen die Verantwortung für die Beseitigung der "unnatürlichen Teilung Deutschlands". Diese ist "ständige Quelle internationaler Spannung";
2. die Wiedervereinigung muss durch freie Wahlen erfolgen.
3. Aussenpolitische Entscheidungsfreiheit: Ein wiedervereinigtes Deutschland soll frei über seine Aussenpolitik und seine internationalen Bindungen (NATO) bestimmen können. Also keine aufoktroierte Neutralisierung oder Entmilitarisierung!



4. Für den Fall eines Beitritts zur NATO erklären sich die Westmächte bereit, das Sicherheitsbedürfnis der USSR weitgehend zu berücksichtigen; insbesondere soll durch ein europäisches Sicherheitsabkommen gewährleistet werden, dass der NATO aus dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte keine Vorteile erwachsen.
5. Londoner Abrüstungsverhandlungen: Adenauers alte Sorge wird beschwichtigt: "Die Westmächte werden keinem Abrüstungsabkommen beitreten, das der Wiedervereinigung Deutschlands im Wege stehen würde"; andererseits betont die Berliner Erklärung -um dem Vorwurf zu begegnen, die Wiedervereinigung verhindere die Abrüstung und die Londoner Konferenz, dass"die Wiedervereinigung Deutschlands das Zustandekommen eines umfassenden Abrüstungsabkommens erleichtern würde".

Die Berliner Erklärung enthält keine neuen politischen Ideen! Es handelt sich durchwegs um Gedanken, wie sie bald von diesem, bald von jenem westlichen Staatsmann verkündet wurden (Berliner Konferenz 1954, Genfer Konferenz 1955 etc.). Die Erklärung kommt einer Kodifizierung der westlichen Deutschland-Politik gleich. Ihr Wert liegt darin, dass die verschiedenen, sporadisch gemachten Bekenntnisse in verbindlicher Form, schriftlich und zum ersten Mal gemeinsam mit der Bundesregierung niedergelegt wurden. Sie ist eine beachtliche Kundgebung der Solidarität des Westens mit der Bundesrepublik. Ein Zurück von dieser Demonstration fiele nicht leicht! Insofern kann man die Berliner Erklärung nicht -wie es die Opposition tut- einfach als "Wahl-schlager pro Adenauer" abtun. Selbstverständlich ist sie für Adenauer höchst nützlich, doch geht ihre Bedeutung darüber hinaus.

Dagegen sei es mehr als zweifelhaft, ob die Berliner-Erklärung die Lösung der Wiedervereinigungs-Frage fördern werde. Unter Eingeweihten sind die Meinungen überwiegend skeptisch, ja negativ - nicht nur in internationalen Kreisen, auch in deutschen und zwar auch ausserhalb der Opposition.

Nach aller Erfahrung dürfte die von den Westmächten erklärte Bereitschaft, mit der Sowjetunion in Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung einzutreten, kaum auf russisches Echo stossen. Die letzten Erklärungen der Sowjetführer lassen keinen Zweifel darüber, dass die Sowjetunion nicht daran denkt, das Faustpfand der Sowjetzone aus der Hand zu geben. Der jüngste Gegenzug der Deutschen Demokratischen Republik bestätigt das: Als die Absicht der Westmächte zur Berliner Erklärung durchsickerte, setzte Grotewohl sofort zu einer Präventivattacke ein und verkündete -noch 24 Stunden vor den Westmächten- den Vorschlag der DDR zur Wiedervereinigung: die beiden Teile Deutschlands sollten durch einen **S t a a t e n b u n d** zusammengeschlossen werden. An diesem Schritt war ausser der Promptheit der Parade nichts bemerkenswerthes. Er war weder geschickt noch opportun! Die Idee wird hier einmütig abgelehnt, nicht nur von der Bundesregierung, sondern auch von sämtlichen Parteien - inklusive Opposition. Ein Staatenbund mit der DDR würde ihre Anerkennung bedeuten und die Teilung Deutschlands endgültig besiegeln. Vor allem würde ein Bund so ungleicher Partner am gegenwärtigen Zustand des totalen Nebeneinanderlebens so gut wie nichts ändern - es bliebe alles beim alten inbezug auf die in der DDR bestehende Unfreiheit, Unterdrückung und kommunistische Herrschaft und Wirtschaft. Alles in allem handelt es sich um ein blosses Störfeuer und eine Aufwörmung des von der Bundesregierung schon wiederholt abgelehnten Gedankens eines paritätischen gesamtdeutschen Rates.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

